



Pressemitteilung

Vom 25. bis 26. Juni 2012 fand die 141. Sitzung des Präsidiums der UFE in Luxemburg statt. Die europäischen Gewerkschaftsvertreter der Steuer- und Zollverwaltungen wurden von Finanzminister Luc Frieden und von Steuereinspektor Guy Heintz zu einem kurzen Meinungsaustausch empfangen. Der Mangel an Personal und die Bekämpfung der Steuerhinterziehung wurden erörtert aber auch die durch Steueroptimierung niedrigeren Steuereinnahmen, ein Tatbestand der kürzlich in Fernsehsendungen in Frankreich und Großbritannien bemängelt wurde.

Das Problem der Steuernischen in Europa und weltweit stand auch im Mittelpunkt der Diskussionen im Laufe des Arbeitstages des Präsidiums. Während ihrer ganzen Existenz hat die UFE, gegründet im Jahre 1963, immer wieder die Idee einer richtigen und gleichmäßigen Besteuerung der Einkünfte vertreten, besonders der Gewinne und des Kapitals, um die öffentlichen Haushalte der europäischen Staaten zu speisen.

Obschon das Großherzogtum Luxemburg nicht auf der OECD-Liste der Steueroasen steht, ist es in den letzten Jahren ein Anziehungspunkt, unter anderen, für Steueroptimierung in Europa und der Welt geworden. Selbst wenn die Firmengebilde und die nachfolgenden Geldtransfers eigentlich legal sind, so stehen sie doch im Widerspruch zu der Annahme einer gerechten Besteuerung für alle anderen Steuerpflichtigen, die in den betreffenden Ländern einer Besteuerung zum normalen Satz unterliegen. Um die Besteuerung der Gewinne von Gesellschaften, die grenzüberschreitend aktiv sind, zu sichern und um spekulative Investitionen zu verhindern, macht die UFE sich stark für eine Finanztransaktionssteuer, respektive für Investitionen in reale wirtschaftliche Aktivitäten auf europäischer Ebene.

Seit die Finanzkrise 2008 in den Vereinigten Staaten ausgelöst wurde, ist die lückenlose Eintreibung der Steuereinnahmen von größter Wichtigkeit, um die Haushaltsdefizite und die Verschuldung der europäischen Länder zu verringern. Um dieses Ziel zu erreichen ist die UFE der Meinung, dass es notwendig ist, genügend Personal und entsprechende Technik in den Steuer- und Zollverwaltungen zur Verfügung haben. Als gewerkschaftliche Organisation, eingetragen im Transparenzregister der Europäischen Union, kämpft die UFE für eine größere Steuergerechtigkeit durch vielseitige Kontakte auf nationaler und europäischer Ebene.

Über die eigentliche Steuerflucht hinaus bewirken die Bereiche der Steuerhinterziehung und die daraus entstehenden Ungerechtigkeiten, Diskussionsstoff und Betätigungsfelder für die der UFE angeschlossenen nationalen Gewerkschaften.

Die Sitzung des Präsidiums in Luxemburg diente auch der Vorbereitung des Kongresses der UFE, der in zweijährigem Ablauf Mitte September in Kopenhagen stattfindet. Dieses große Treffen wird die Vertreter der Steuer- und der Zollkommission der UFE zusammenbringen

Serge Colin, Präsident der UFE

www.ufe.ch

